

31
81

Union in Deutschland

Bonn, den 22. Oktober 1981

Bilanz einer erfolgreichen USA-Reise

Gute und freundschaftliche Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik liegen im nationalen Interesse unseres Landes. Es geht deshalb nicht um Anti- oder Proamerikanismus, es geht um die nationalen Interessen, erklärte Helmut Kohl nach seiner Rückkehr aus den USA am Mittwoch vor der Bundespressekonferenz in Bonn.

Der Partei- und Fraktionsvorsitzende war am Dienstagmittag direkt vom Flugplatz zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefahren, wo ihm der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Friedrich Zimmermann im Namen der Fraktion unter großem Beifall für seine Gespräche in Washington dankte. Helmut Kohl habe in der amerikanischen Hauptstadt eine besonders gute Darstellung der deutschen Politik gegeben.

Zimmermann wandte sich scharf gegen die Kritik in den eigenen Reihen, die zu einem Zeitpunkt erfolgt sei, in dem der Vorsitzende in den USA sowohl die Sache der Union als auch der deutschen Interessen hervorragend vertreten habe. Und das zu einer Zeit, da „der Regierungskoalition das Wasser bis zum Hals steht“. Auch Helmut Kohl wies diese Kritik unter

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ HAUSHALT 1982

Regierungsentwurf bereits nach vier Wochen Makulatur Seite 5

■ WIRTSCHAFT

Keine neuen staatlichen Ausgabeprogramme beschließen Seite 7

■ LÄRMSCHUTZ

Unfähigkeit der Regierung läßt Gesetz scheitern Seite 8

■ JUNGE UNION

Engagierte und selbstkritische Töne auf dem Deutschlandtag Seite 11

■ BUNDESFACHAUS-SCHÜSSE

Die Partei mobilisiert den Sachverstand ihrer Mitglieder Seite 13

■ DOKUMENTATION

Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen/
Zum Leitantrag des Bundesvorstandes (III) grüner Teil

demonstrativem Beifall der Abgeordneten mit Nachdruck zurück und gab einen ersten Bericht seiner Reise. Vor der Bundespressekonferenz in Bonn sagte er im einzelnen:

Das Klima der Gespräche war freundschaftlich bis herzlich; es gab eine völlige Übereinstimmung in der Beurteilung der internationalen Lage und der notwendigen Schlußfolgerungen für das Bündnis.

Die amerikanischen Gesprächspartner in der Regierung und im Kongreß sehen in der CDU/CSU als stärkste demokratische Partei einen zuverlässigen Partner. Freundschaft bedeutet aber frühzeitige und intensive Konsultation und gegenseitige Offenheit auch bei möglichen Meinungsunterschieden.

Gute und freundschaftliche Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland liegen im nationalen Interesse unseres Landes. Die CDU/CSU definiert die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis. Nur diese westliche Allianz wie die Europäische Gemeinschaft sichern unsere nationalen Interessen.

Es geht deshalb nicht um Anti- oder Pro-amerikanismus; es geht um die nationalen Interessen.

Völlige Übereinstimmung bestand über das Prinzip der gemeinsamen übergreifenden Interessen innerhalb des Bündnisses. Die NATO war und bleibt vorrangig ein politisches Bündnis freier Demokraten mit gleichen Wertvorstellungen von Menschenrecht und Menschenwürde.

Erst an zweiter Stelle steht die militärische Verteidigung als dienende Funktion für die Sicherung unseres Friedens in Freiheit. Der amerikanische Gewerkschaftsführer Kirkland sagte hierzu: „Wir können nicht die Werte, aus denen wir leben, von der Notwendigkeit trennen, sie zu verteidigen.“

Ich habe allen amerikanischen Gesprächspartnern verdeutlicht, daß der Kommunismus wie der Neo-Nazismus in der Bundesrepublik keine Chance haben. Aber wenn sich eine neutralistische Bewegung mit der nationalen Idee verbindet, wäre dies eine Bewegung, die vom Westen weg zum Osten hinführen würde.

Deshalb müssen wir in unserer Politik verstärkt wieder die übereinstimmenden Werte und Maßstäbe herausstellen, die unsere Verfassungsordnung, unsere Deutschland- und Außenpolitik bestimmt haben.

Die CDU/CSU ist entschlossen, am Prinzip des Gleichgewichts als Struktur der Friedenssicherung festzuhalten. Dazu gehört die Beschränkung der strategischen und der konventionellen Arsenale auf der jeweils niedrigsten Stufe.

Wir sind uns mit der amerikanischen Regierung völlig einig, daß eine wirk-same Rüstungskontrolle und Abrüstung notwendig sind. Und ich bin sehr beeindruckt, mit welcher Ernsthaftigkeit und Gründlichkeit die USA die TNF- und SALT-Verhandlungen vorbereiten, um sie zu einem Erfolg zu bringen. Beide Verhandlungsebenen stehen in einem engen Zusammenhang und müssen als Teile der Gesamtkonzeption der Abrüstung gesehen werden.

Voraussetzung für einen Verhandlungserfolg bleibt die Geschlossenheit des Bündnisses. Die amerikanische Regierung ist deshalb an einer engen Abstimmung mit ihrem Bündnispartner interessiert, auch wenn dies zeitliche Verzögerungen mit sich bringt.

Die USA stellen keine Vorbedingungen für diese Abrüstungsverhandlungen. Sie haben bereits in den Vorgesprächen im August konkrete Anfragen an die Sowjetunion gerichtet und erwarten die sowjetische Antwort.

Die USA bemühen sich, klare und auch für die Öffentlichkeit verständliche Vorschläge zu entwickeln, die die Abschreckung weiter garantieren sollen. Die schwierigste Phase der Verhandlungen wird bis 1983 darin bestehen, daß die Sowjetunion versuchen könnte, durch kosmetische Angebote die Geschlossenheit des Bündnisses auf die Probe zu stellen.

Ich sehe in diesem Zusammenhang die Gefahr, daß eine emotionalisierte Friedensbewegung, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, willentlich oder unwillentlich der sowjetischen Führung falsche Signale vermitteln und damit die westliche Verhandlungsseite schwächen könnte. Denn Abrüstungsverhandlungen dürfen nicht unter selbstgewähltem Zeitdruck und innenpolitischem Erfolgszwang stehen, wenn sie erfolgreich sein sollen.

Die Beurteilung der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland muß differenziert sein:

- Pazifismus aus unterschiedlichen Motiven;
- allgemeine Zukunftsangst, persönlich wie politisch begründet;
- politische Ziele der Kommunisten.

Übereinstimmung bestand in Washington über das Prinzip der partnerschaftlichen Arbeitsteilung oder Konzentrierung der Politik im Bündnis. Das bedeutet für die Allianz nach innen: Ausgleich, Rollen- und Lastenverteilung; nach außen: Kalkulierbarkeit und Stetigkeit der Politik des Bündnisses; die Einbeziehung der Sowjetunion in die weltweite Verantwortung für den Frieden.

Die einzige Alternative dazu wäre die Konfrontation auf ständig höherer Stufe, zu unerträglich steigenden Kosten und mit wachsenden Risiken.

Nach der Erfahrung der 70er Jahre braucht das Bündnis dringend:

- ① eine gemeinsame Einschätzung der politischen Ziele der Sowjetunion; das Zählen der Militärmacht der Sowjetunion genügt nicht;
- ② eine gemeinsame politische Strategie gegenüber der Sowjetunion;
- ③ die Koordinierung der Zusammenarbeit mit dem Osten wie der Abschreckung gegenüber dem Warschauer Pakt;
- ④ die Koordinierung der politischen Strategie gegenüber der Dritten Welt, im besonderen gegenüber dem Mittleren Osten.

Gesprächspartner

Präsident Reagan, 40 Minuten,
Vizepräsident Bush, 80 Minuten,
3 Begegnungen mit Außenminister Haig,
2 Gespräche mit stellvertr. Verteidigungsminister Carlucci,
Gespräche über Abrüstung mit Eugene Rostow und Paul Nitze,
Gespräche mit 8 Senatoren: Tower — Nunn — Baker — Glenn usw.,
Streitkräfteausschuß des Senats,
House Foreign Affairs Committee,
Gespräche über Wirtschafts- und Finanzfragen: mit Finanzminister Donald Regan und anderen
2 Begegnungen mit Lane Kirkland, AFL-CIO.

Ich habe Wert darauf gelegt, mit beiden politischen Parteien zusammenzutreffen: Republikaner und Demokraten (z.B. Mantt).

Gespräche in New York mit Dr. Kissinger, Generalsekretär Waldheim, UNO-Botschafterin Kirkpatrick und Vortrag im Council on Foreign Relation.

2 Redaktionsbesuche: Time Magazin und Washington Post.

■ INFORMATION

Besorgnis über neuen Asylanten-Zustrom

Die Grenzen der Aufnahmefähigkeit von Asylbewerbern in den Bundesländern sind erreicht, wenn nicht sogar schon überschritten. Mit dieser Feststellung forder-ten die Innenminister der unionsregierten Bundesländer in München die vom Bundesrat vorgeschlagene Beschleunigung der Asylverfahren. Der Zustrom an Asylbewerbern sei erneut erheblich angewachsen, zur Zeit meldeten sich monatlich wieder über 5 000 Flüchtlinge.

Mangel an Perspektive Ursache der Angst

Bundespräsident Carstens sieht in dem verbreiteten Gefühl der Angst eine Ursache dafür, daß „manchen nicht die sowjetischen Mittelstreckenraketen, die gegen unser Land gerichtet sind, Sorgen bereiten, sondern die amerikanischen Waffen, die zu unserem Schutz hier sind“. Die Einstellung mancher zu den Vereinigten Staaten sei ein Beispiel, zu welchem „irrationalen Verhalten“ die Angst die Menschen treiben könne. Carstens erklärte das Gefühl der Angst mit dem Hinweis, anders als in der Aufbauphase der Bundesrepublik nach dem Krieg hätten junge Menschen jetzt keine Ziele vor Augen, die zu erreichen es sich lohne. Die politisch Verantwortlichen, auch die Kirchen, müßten einen Beitrag leisten, diese Phase zu überwinden und neue Ziele zu zeigen.

Mehr Zuständigkeit für Landesparlamente gefordert

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Milde, befürchtet ei-

ne totale „Kastration“ der Landtage, die durch die Politik aus Bonn zur völligen Bedeutungslosigkeit degradiert würden, weil ihnen nur noch die Aufgabe von Ratifizierungsmaschinen zugewiesen seien. Milde kritisierte in Wiesbaden die zentralistischen Tendenzen des Bundes, immer mehr Länderkompetenzen zu übernehmen und damit den Grundsatz des Föderalismus de facto außer Kraft zu setzen.

Nur noch mühsam verteidigten die Länder ihre wenigen verbliebenen Gesetzgebungszuständigkeiten, wie die Schul-, Polizei- und Rundfunkhoheit, gegen den anhaltenden Zugriff Bonns. Der Wildwuchs der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern müsse zurückgestutzt werden, forderte Milde. Der Bürger wisse längst nicht mehr, wo in Anbetracht der „Politikverflechtung“ die Verantwortung für politische Handlungen liege.

Obwohl Bonn dem Bundesrat, der Länderkammer also, genügend Mitspracherechte vor Erlass von Bundesgesetzen einräume, komme dies nur den Landesregierungen und den jeweils zuständigen Zirkeln der Fachbürokraten in den Länderministerien zugute. Die Parlamente der deutschen Bundesländer seien dagegen praktisch von der Mitwirkung ausgeschlossen. Diese Entwicklung müsse bald korrigiert werden, um zu verhindern, daß sich die Bürger fragten, ob man sich den „teuren Luxus“ von Landesparlamenten und Regierungen leisten müsse.

Hände weg von Salzgitter

Rainer Barzel hat davor gewarnt, die in Salzgitter von den Länderjustizverwaltungen eingerichtete zentrale Erfassungsstelle von Straftaten der DDR-Organen abzuschaffen. Wer diese Stelle auflöse, erklärte Barzel, vermindere den Rechtsschutz der Menschenrechte in ganz Deutschland und damit die Menschenrechte selbst.

■ HAUSHALT 1982

Regierungsentwurf bereits nach vier Wochen Makulatur

Auf Vorschlag des Fraktionsvorstandes hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Dienstag (20. Oktober 1981) eine EntschlieÙung verabschiedet, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, einen Ergänzungshaushalt einzubringen. Die von der Bundesregierung im September vorgelegten Zahlen sind Makulatur. Der Haushaltsentwurf 1982 ist bereits einen Monat nach der ersten Lesung im Deutschen Bundestag nicht mehr beratungsfähig. Das Parlament und die Bürger unseres Landes sind von der Bundesregierung und der sie tragenden Koalition getäuscht worden.

Da der Haushalt 1982 und die Haushaltsgesetze nur im Zusammenhang beurteilt werden können, wird die CDU/CSU-Fraktion einer abschließenden Behandlung aller Gesetze in den Ausschüssen des Bundestages nicht zustimmen, bevor die Bundesregierung korrekte Zahlen vorgelegt hat. Das Vorhaben der SPD, die den Haushaltsentwurf 1982 begleitenden Gesetze bereits am 12./13. November abschließend im Bundestag zu behandeln, stellt eine beispiellose Mißachtung des Parlaments dar. Denn die Beratungen über den Haushalt 1982 und die Haushaltssicherungsgesetze müssen ganz von vorn beginnen.

Hierzu Hansjörg Häfele, der finanzpolitische Sprecher der Fraktion: Gerade vier Wochen ist es her, daß die Bundesregierung nach langem Hick-Hack endlich ei-

nen „ausgeglichenen“ Haushalt 1982 vorlegte. Das Wort „ausgeglichen“ war schon damals Kosmetik bei einer Neuverschuldung von 26 Milliarden Mark. Jetzt zeigt sich, daß nicht einmal auf dieses Zahlenwerk Verlaß ist. Jetzt sind es mindestens sieben Milliarden Mark, die 1982 zusätzlich im Haushalt fehlen.

Damit werden die Warnungen der CDU/CSU rasch bestätigt. Das Mißtrauen muß allenthalben wachsen, daß die Bundesregierung in den kommenden Jahren die Staatsverschuldung nicht mehr in den Griff bekommt. Sie bringt die Kraft zu raschem und durchgreifendem Handeln nicht auf. Statt dessen sucht sie offenbar das Heil in zusätzlichen Gewinnablieferungen der Bundesbank — über trotz größter Bedenken bereits in den Haushalt eingestellten 6,1 Milliarden Mark hinaus. Auch neue Abgabenerhöhungen und die Ausweitung der Verschuldung aus „konjunkturellen“ Gründen sind im Gespräch. Als ob wir nicht inzwischen eine Dauerkrise hätten!

Dies sind keine Lösungen, sondern Ausflüchte und Flickschusterei. Wer wie die SPD/FDP-Bundesregierung die „Haushaltswahrheit“ alle vier Wochen scheinbar verändert, hat das Vertrauen verloren. Zur notwendigen „Wende“ in der Finanzpolitik ist die von SPD und FDP getragene Bundesregierung nicht mehr fähig.

Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg stellte fest: Schon Anfang September haben sowohl die Unionsparteien wie auch viele unabhängige Kommentatoren auf die

jetzt unübersehbaren Schwächen des Haushaltsentwurfs hingewiesen. Es war ein schwerer Fehler der Bundesregierung, den Etat 1982 auf viel zu optimistische Annahmen aufzubauen und erkennbare gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen zu übersehen.

Man muß davon ausgehen, daß auch die nunmehr genannten gesetzlichen Belastungen noch nicht die endgültigen Größenordnungen darstellen. So wird der Bundesverteidigungsminister schon in Kürze mehr Anforderungen geltend machen müssen, um die laufenden Verpflichtungen finanzieren zu können.

Die schon im Oktober 1981 entstandene Krise um den Haushalt 1982 bestätigt die Auffassung der Union, daß weitere Einsparungen bei Leistungsgesetzen und Subventionen dringend geboten sind. Eine erneute Erhöhung der Kreditaufnahme macht die Chance für eine Zinssenkung zunichte.

Die Bundesregierung muß Bundestag und Bundesrat unverzüglich eine ergänzende Vorlage mit realistischen und ungeschminkten Zahlen zuleiten. Zu begrüßen ist die von einigen Finanzpolitikern der SPD und FDP ausgesprochene Bereitschaft, wichtige Sparvorschläge des Bundesrats aufzunehmen, um Bund, Länder und Gemeinden von bestimmten nicht mehr finanzierbaren Ausgaben zu entlasten.

Ministerpräsident Lothar Späth erklärte: Noch sucht die Bundesregierung offenbar ihr Heil in Ausflüchten. Dazu gehört vor allem die Idee, den außergewöhnlichen Gewinn der Bundesbank, der sich so in den nächsten Jahren mit Sicherheit nicht wiederholen wird, voll zur Finanzierung des Haushalts 1982 heranzuziehen. Der Sachverständigenrat hat demgegenüber vorgeschlagen, den Bundesbankgewinn gleichmäßig für mehrere Haushaltsjahre zu verwenden, was der einzig sinnvolle Weg ist.

Die Bundesregierung muß sich jetzt endlich zu der Einsicht durchringen, daß weder höhere Steuern noch Bundesbank ihr dauerhaft aus der Misere helfen, sondern allein Ausgabenkürzungen großen Ausmaßes. Die Union hat ihr mit dem Vorschlag einer fünfprozentigen Kürzung aller Subventionen und Leistungsgesetze die Richtung dafür gewiesen. Ebenso haben wir mit unserer Forderung, die Zinsen für Alt-darlehen im sozialen Wohnungsbau auf Kapitalmarktniveau anzuheben, die Möglichkeit eines kurzfristigen Kapitalrückflusses von über drei Milliarden Mark mit erheblichen beschäftigungspolitischen Auswirkungen auf dem Wohnungsbausektor vorgezeichnet.

Die CDU/CSU wird es nicht hinnehmen, daß sich die Bundesregierung durch Pläne zur Steuererhöhung um eine dauerhafte Sanierung des strukturell völlig ungleichgewichtigen Bundeshaushalts drückt. Ebenso wenig wird die Union akzeptieren, daß der Bundeshaushalt in den nächsten Jahren bei unveränderter konsumtiver Dynamik im investiven Bereich praktisch einen Stillstand erleidet. Damit würde der letzte Rest finanzpolitischer Manövrierfähigkeit verspielt.

Zitat: Es gibt in der Nachkriegszeit wohl kaum einen Bonner Finanzminister, der sich so häufig und so nachhaltig irrte wie Hans Matthöfer. Gewiß agierten seine Vorgänger teils unter leichter überschaubaren wirtschaftlichen Bedingungen, aber das entschuldigt seine ständige Falschmünzerei nicht. Sie läßt sich auch nicht mit koalitionspolitischen Argumenten rechtfertigen. Eine Regierung, gleich welcher Couleur, muß finanzpolitischen Realitäten ins Auge sehen können. Und auch die Bevölkerung erwartet schonungslose Information über die tatsächliche Situation der öffentlichen Finanzen.

(Der Platow Brief, unabhängiger Wirtschaftsdienst, 16. Oktober 1981)

■ WIRTSCHAFT

Keine neuen staatlichen Ausgabenprogramme beschließen

Eine Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums und ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit sind nur auf der Grundlage gesunder Staatsfinanzen möglich, erklärt Theo Waigel, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, zu einer großen Anfrage der CDU/CSU zur „Internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“.

Eine spürbare Verringerung der Nettoverschuldung und eine Reduzierung des Staatsanteils am Sozialprodukt durch Beschneidung der staatlichen Ausgaben dürfen jedoch nicht in bloßen Etatismus münden. Der Sanierung unserer Staatsfinanzen kommt deshalb keine finale, sondern eine instrumentale Bedeutung zu. Gerade im Hinblick auf die von staatlichen Ausgabenkürzungen betroffenen Gruppen unserer Bevölkerung muß deshalb klargelegt werden, daß durch einschneidende haushaltspolitische Entscheidungen letztlich die Voraussetzungen für eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geschaffen werden.

In mittelfristiger Hinsicht lassen sich die Wachstums- und Beschäftigungsprobleme der deutschen Wirtschaft nachhaltig und dauerhaft nur durch eine Ankurbelung der privaten Investitionen lösen. Insofern stimmt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den jüngsten beschäftigungspolitischen Thesen der FDP zu. Das von der FDP vorgeschlagene Herumbasteln an der Lebensarbeitszeit ist demgegenüber kein geeignetes Mittel; arbeitszeitrechtliche

Maßnahmen gehören vielmehr in den Bereich der Sozialpolitik und fallen zudem vorrangig in den Verantwortungsbereich der Tarifpartner.

Wie die Erfahrung seit 1974 gezeigt hat, lassen sich die Wachstums- und Beschäftigungsprobleme nicht durch kreditfinanzierte und schon gar nicht, wie jüngst vorgeschlagen, durch mit höheren Steuern finanzierte öffentliche Ausgabenprogramme lösen. Deshalb lehnt die CDU/CSU-Fraktion — auch wenn es kurzfristig noch einmal zu einer Verschärfung der Beschäftigungsprobleme kommt — neue staatliche Ausgabenprogramme ab.

Eine Ankurbelung der privaten Investitionen erfordert die Schaffung günstiger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen in den Bereichen Haushalts-, Steuer-, Forschungs-, Energie- und Außenwirtschaftspolitik für die privaten Investitionen und einen konsequenten Abbau aller die privaten Investitionen hemmenden Faktoren.

Kürzer gefaßt: Eine dauerhafte Lösung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme ist nur möglich über eine Verbesserung der Angebotsbedingungen. Angesichts unserer außenwirtschaftlichen Verflechtung kann dies nur über eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erfolgen.

Unsere Wirtschaft sieht sich seit geraumer Zeit grundlegend veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegenüber. Das nur zur Hälfte aus der gestiegenen Ölimportrechnung resultierende

Leistungsbilanzdefizit weist auf eine Gefährdung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit hin. Auch wenn die deutsche Handelsbilanz jüngst wieder ein positiveres Bild aufweist, muß doch noch über Jahre hinweg mit einem Defizit in der Leistungsbilanz gerechnet werden. Angesichts dieser Entwicklungstendenzen gewinnen die Fragen nach dem Vordringen ausländischer Anbieter auf den heimischen Märkten, nach den Technologiedefiziten unserer Wirtschaft gegenüber ausländischen Konkurrenten, nach der anhaltenden Investitionslücke und nach der zunehmenden Überalterung unserer Produktionsanlagen zunehmend an Bedeutung. Hinzu kommen die gravierenden Beschäftigungsprobleme, die sich aus der konjunkturellen Schwächeperiode, aber auch aus der demographischen Entwicklung und aus zahlreichen sektoralen Anpassungsprozessen ergeben haben.

Nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion lassen sich die wirtschaftlichen Probleme nur durch eine Ankurbelung der privaten Investitionen und durch eine die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer belohnende Politik lösen. Dringlich erforderlich ist die Stärkung der privaten Investitionsneigung,

- indem die Staatsfinanzen saniert und damit wieder die Spielräume für private Investitionen geschaffen werden,

- indem die politischen Investitionshemmnisse in den Bereichen Wohnungsbau, Kraftwerksbau und Ausbau der Telekommunikation abgebaut werden,

- indem die steuerlichen Rahmenbedingungen für private Investitionen durch eine Umstrukturierung des Steuersystems verbessert werden und

- indem die Wirtschafts- und Finanzpolitik längerfristig kalkulierbar gestaltet und somit das verlorengegangene Vertrauen in die Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder geschaffen wird.

■ LÄRMSCHUTZ

Unfähigkeit der Regierung läßt Gesetz scheitern

Zu der Meldung, die Bundesregierung werde das geplante Verkehrslärmschutzgesetz nicht vorlegen, erklärt der innen- und umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger:

Nachdem die Bundesregierung die ihr bereits 1974 in § 43 Bundesimmissionsschutzgesetz eingeräumte Ermächtigung, durch Rechtsverordnung Lärmschutz bei Bau und wesentlichen Veränderungen von Straßen und Schienenwegen sicherzustellen, jahrelang nicht genutzt und 1978 einen Gesetzentwurf vorgelegt hatte, der 1980 an unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen FDP und SPD scheiterte, erklärte die Bundesregierung zu Beginn der neuen Legislaturperiode: Zusätzlicher Lärmschutz an Verkehrswegen und Gebäuden, der sogenannte passive Lärmschutz also, sei nach wie vor dringlich.

Ein Jahr später wirft der von der SPD gestellte Verkehrsminister, der auch Vorsitzender der Umweltschutzkommission beim SPD-Präsidium ist, das Handtuch: Er habe „die Hoffnung“ auf ein Gesetz zur Bekämpfung des Verkehrslärms aufgegeben. Er hält weitere Verkehrslärmbekämpfung für unbezahlbar.

Bleibt festzustellen: Mißwirtschaft und Entschlußlosigkeit dieser Bundesregierung haben uns hierhin gebracht. CDU und CSU werden sich mit diesem Bankrott nicht abfinden und weiter für angemessenen und finanzierbaren Lärmschutz eintreten.

KOALITION

Eigenheimbauer werden erneut getäuscht

Die in der Bundesregierung aufgestellte Erwägung, die Anhebung der Höchstgrenzen beim § 7b erst ein Jahr später, also erst 1983, in Kraft treten zu lassen, ist ungeeignet, das neuerliche Milliardenloch im Haushalt 1982 zu stopfen, erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Friedrich-Adolf Jahn. Jede weitere Verzögerung wird sich wie eine Investitionsbremse auswirken. Steuerliche Anreize zur Belegung des Eigenheimbaus sind gerade jetzt notwendig, um Investoren angesichts der nach wie vor hohen Zinsen zu entlasten und die Bauwirtschaft anzukurbeln.

Viele Bauherren, die im Vertrauen auf die beabsichtigten Verbesserungen den Baubeginn hinausgeschoben haben, werden enttäuscht. Die Bundesregierung macht sich vollends unglaublich, wenn sie noch im Mai jede Anhebung der Abschreibungshöchstbeträge ablehnte, dann im September unter Hinweis auf die zu erwartende erforderliche Investitionstätigkeit Verbesserungen beschloß und jetzt im Oktober eine Hinausschiebung glaubt verantworten zu können. Dieses ständige Hin und Her ist Ausdruck einer unsoliden Haushaltspolitik, die auf dem Rücken der Eigenheimbauer ausgetragen wird.

Zwei Millionen für Makulatur

Zur Zeit läßt die Bundesregierung für 2 143 000 Mark eine Zeitungsbeilage verteilen, mit der sie die Beschlüsse des Kabinetts vom 2./3. September zum Bundeshaushalt '82 unter die Leute bringt. „Mit dieser Information will die Bundesregierung es Ihnen erleichtern, einen Überblick über die sehr vielfältigen finanz- und be-

schäftigungspolitischen Maßnahmen zu gewinnen“, heißt es da.

Angesichts der neu aufgetretenen Finanzierungslücke von z. Z. mehr als sieben Milliarden DM werden jedoch die vielfältigen finanz- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen am Ende der Beratungen durch Bundestag und Bundesrat völlig anders aussehen, als in der Broschüre vorgestellt. Daß im Endeffekt die Bürger dann für über zwei Millionen Mark Makulatur in Händen halten werden, stört offenbar niemanden im Regierungslager, stellt hierzu MdB Reinhard Metz fest.

Im Gegenteil: 1982 soll der Etat des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 14,8 Millionen Mark — das sind 2,5 Millionen Mark mehr als im vergangenen Jahr — für seine allgemeine Öffentlichkeitsarbeit im Inland betragen. Ein CDU/CSU-Antrag, die Mittel deutlich zurückzuschrauben, wurde von SPD und FDP im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages abgelehnt.

1980 hat die Bundesregierung fast 29 Millionen Broschüren produziert. Darin wird beispielsweise mitgeteilt, niemand müsse „sich Sorgen machen, die Bundesrepublik Deutschland treibe einer Finanzkrise entgegen“.

SPD-Schachzug gegen Schmidt

Willy Brandt veranlaßte SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz, den 33jährigen Wolfgang Biermann, Ex-Juso-Chef in Berlin, ausgerechnet als sicherheitspolitischen Projektleiter in die Bonner SPD-Zentrale zu berufen! Biermann gilt als einer der härtesten Gegner des Kanzlers in der SPD!

Biermann hat beim niedersächsischen SPD-Vorsitzenden Peter von Oertzen studiert. Er bezeichnet sich als Geschäftsführer der „Berliner Initiative für Frieden, In-

ternationalen Ausgleich und Sicherheit" (BIFIAS). Führende Sozialdemokraten haben die Mitarbeit in dieser Organisation als „unvereinbar mit der SPD-Mitgliedschaft“ bezeichnet! In der linksextremistischen Westberliner Zeitung „Die Neue“ wurde Biermann als Kontaktadresse für die Organisation der Teilnahme an der Bonner „Friedensdemo“ genannt.

Als stellvertretender SPD-Vorsitzender hat Bundeskanzler Schmidt eigentlich Anspruch darauf, daß ihm die sicherheitspolitische Kommission der Partei und ihre Projektleiter zuarbeiten. Nach der Berufung Biermanns entfällt diese bisher umfangreich genutzte Zuarbeit.

Einflußagenten

Um der von linken Gruppierungen zunehmend geschürten antiamerikanischen Stimmung in der Bundesrepublik Deutschland entgegenzuwirken, hat das US-Außenministerium jetzt führenden Politikern in Bonn eine Studie mit Erkenntnissen amerikanischer Nachrichtendienste über die Tätigkeit sowjetischer Einflußagenten zugehen lassen.

Danach hat der sowjetische Geheimdienst KGB in der letzten Zeit die Abteilung „Dienste A“ erheblich ausgebaut, um, wie es in der Studie heißt, zur Förderung sowjetischer politischer Ziele zunehmend Einfluß auf Vorgänge im Westen nehmen zu können.

Hausbesetzungen meist unter Führung der DKP

In Hamburg standen bisher solche Hausbesetzungen nach den Worten von Hamburgs Innensenator Alfons Pawelczyk (SPD) „eindeutig im Vordergrund“, die von der DKP geführt wurden. Kaum einer „aus der sogenannten Hausbesetzerszene leidet selbst unter akuter Wohnraumnot“, sagte Pawelczyk in einem Interview.

Berliner FDP in Finanznot

Die etwa 2 260 Mitglieder starke Berliner FDP steckt in finanziellen Schwierigkeiten und muß sparen. Dem erst seit Anfang des Jahres amtierenden Parteisprecher und Chefredakteur des Parteiblattes „Berliner Liberale Zeitung“, Langrock, wurde deshalb aus finanziellen Gründen zum Jahresende gekündigt. Die Landesgeschäftsführerin Karin Wicke, die ihren Posten ebenfalls zum Jahresanfang antrat, kehrt aus dem gleichen Grund Anfang 1982 ins Bonner Bundesbildungsministerium zurück.

Bonn sieht tatenlos zu

Erneut haben DDR-Behörden einem dpa-Korrespondenten die Berichterstattung über eine Synodal-Tagung der evangelischen Kirche in Sachsen untersagt. Hierzu erklärte Olaf von Wrangel, stellvertretender Vorsitzender im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages: Immer häufiger kommt es zu einer willkürlichen Blockierung der Berichterstattung aus der DDR. Leider sieht es so aus, als ob ein vertragswidriges Verhalten der DDR inzwischen als Selbstverständlichkeit angesehen wird — als eine jener Realitäten, von denen man auszugehen habe. Wenn die Bundesregierung hier jetzt nicht mit allem Nachdruck interveniert und es nicht bloß bei einem Routineprotest bewenden läßt, dann trägt sie die Mitverantwortung dafür, daß die innerdeutschen Verträge und Vereinbarungen zu einer Hülle ohne Inhalt werden.

USPD bald bundesweit

Anfang Dezember wollen sich die links von der SPD stehenden „Unabhängigen Sozialdemokraten“ (USPD) bundesweit als neue Partei etablieren. Dies bestätigte einer der Sprecher der Organisation, die inzwischen allein in Hessen über 2 000 Sympathisanten hat.

JUNGE UNION

Engagierte und selbstkritische Töne auf dem Deutschlandtag

Der Deutschlandtag der Jungen Union vom 16. bis 18. Oktober 1981 in den Kölner Messehallen sah lebhaft und engagierte Delegierte wie selten zuvor. Manche verstiegen sich zu der Behauptung, dieser Kongreß werde in die Geschichte des Verbandes eingehen; aber auch der alte und neue Bundesvorsitzende Matthias Wissmann griff das Stichwort von einem „neuen Aufbruch“ auf, heißt es in dem Bericht der JU über ihren Deutschlandtag.

Der neue Jugendprotest, die leidenschaftliche Diskussion um den Frieden zeichnen auch ihre Spuren in einen Verband, der — wie Wissmann ausdrücklich feststellte — sich denen besonders verbunden fühlt, „die dieser Gesellschaft nicht den Rücken kehren, sondern in ihr und mit ihr leben“ und „aus einer positiven Einstellung heraus verbessern, verändern und gestalten wollen“.

In seinem politischen Rechenschaftsbericht begründete Matthias Wissmann das Motto des Deutschlandtages „Wir wollen den Frieden“ mit den Worten: „Damit wollen wir sagen, daß niemand für sich das Monopol auf ‚Friedenspolitik‘ in Anspruch nehmen kann. Jeder Deutsche, der genügend Verstand und Herz hat, will den Frieden. Nicht die eine oder andere Gruppe, wir alle sind Friedensbewegung.“

„Wir würden lieber heute als morgen dafür eintreten, alle Waffen zu verschrotten, wenn auch die Sowjetunion zu einem solchen Schritt bereit wäre.“ Wissmann ver-

wahrte sich zugleich gegen eine „Position der geistigen Neutralität zwischen den USA und der UdSSR“ und gegen eine moralische Gleichstellung beider Staaten.

Die anschließende Aussprache zum Rechenschaftsbericht vermittelte vielen ein ganz neues JU-Gefühl, weil, wie ein hessischer Delegierter formulierte, mit der Tradition des Schweigens zum Rechenschaftsbericht radikal gebrochen wurde. Die pauschale Verurteilung der Demonstration vom 10. Oktober als „Volksfront“, schon zuvor von Wissmann zurückgewiesen, wirkte als Katalysator von Unzufriedenheit und Selbstkritik. Manche Delegierte bedrückte das Gefühl, die Union habe ihre Dialogfähigkeit mit breiten Schichten unzufriedener Jugendlicher eingebüßt.

Wissmann hatte im Rechenschaftsbericht darauf hingewiesen, daß das Thema „Jugend“ nicht nur auf Schul- und Bildungspolitik verkürzt werden dürfe, sondern auch Konzepte zur Jugendarbeit und eine Auseinandersetzung mit den Jugendunruhen enthalten müsse. Er verwies auf einen Antrag der Jungen Union, ein zusätzliches Kapitel hierzu in den Leitantrag des Parteitages einzufügen.

Auf besonderes Interesse stieß auch die Diskussion zum Motto des Deutschlandtages, an der neben JU-Bundesvorstandsmitglieder, unter Leitung des ausscheidenden stellvertretenden Vorsitzenden Elmar Brok, u. a. der stellvertretende Parteivorsitzende Lothar Späth, der Sowjetexperte Prof. Dr. Wolfgang Leonhard und Andreas Zumach von der Aktion Sühne-

zeichen, einer der Hauptverantwortlichen der Demonstration vom 10. Oktober, teilnahmen. Der baden-württembergische Ministerpräsident erläuterte die Position der Union in einer differenzierten Weise. Andreas Zumach konnte die verhaltene gefühlsmäßige Sympathie vieler Delegierten bei kritischer Infragestellung seiner politischen Position erfahren.

Der Deutschlandtag der Jungen Union konnte auch diesmal wieder eine Vielzahl prominenter Vertreter der Partei begrüßen — neben dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten z. B. auch Rainer Barzel und Norbert Blüm, Bernhard Worms, Heiner Geißler und Gerhard Stoltenberg. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein trug eine nüchtern-kritische Bestandsaufnahme der wirtschafts- und finanzpolitischen Versäumnisse der Bonner Koalition vor. Der Generalsekretär der CDU sprach sich im Sinne der Jungen Union für eine differenzierte Politik und gegen Antworten mit dem Holzhammer aus.

Die am Samstagabend und Sonntagvormittag sachlich und nüchtern abgewickelte Diskussion und Beschlußfassung zu den Hauptanträgen, dem „Entwicklungspolitischen Programm“, dem „Sicherheitspolitischen Programm“ und dem Antrag zur Novellierung des Wehrdienstgesetzes, zeigt, daß es der Jungen Union darum geht, auf die Ängste und Nöte junger Menschen einzugehen, sie ernst zu nehmen, um sie persönlich und politisch zu bewältigen. Es geht um Akzente des Stils, der Ansprache, es geht um die Chance, im Gespräch zu bleiben. Es geht nicht um eine Änderung der Grundsätze der Friedens- und Sicherheitspolitik oder der Entwicklungspolitik.

In ihrem verabschiedeten Entwicklungspolitischen Programm richtet sich die Junge Union als ein den christlichen Grundsätzen verpflichteter Verband aus an ihrer

Verantwortung für den Nächsten, d. h. insbesondere für die Verwirklichung der Menschenrechte und Würde der unterprivilegierten Mehrheit dieser Welt. Der Deutschlandtag sprach sich dagegen aus, die Entwicklungspolitik der — nationalen Interessen dienenden — Außen- und Sicherheitspolitik unseres Staates unterzuordnen. Entwicklungspolitik müsse vielmehr an den Grundbedürfnissen der Empfänger orientiert sein.

In ihrem Sicherheitspolitischen Programm bekennt sich die Junge Union dazu, daß nur durch die NATO und die Verteidigungsbereitschaft des Westens auf absehbare Zeit Frieden in Freiheit zu schützen sind. Sie tritt ein für den NATO-Doppelbeschluß zur Nachrüstung, in der Hoffnung, diese durch Abrüstung des Ostens vermeiden zu können. Sie fordert die Mitglieder der NATO auf, die Neutronenwaffe in die Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen und bei entsprechenden Gegenleistungen des Warschauer Paktes auf sie zu verzichten.

Die JU forderte eine Novellierung des Wehrpflichtgesetzes mit dem Ziel: „Bei Beibehaltung des Vorranges der allgemeinen Wehrpflicht ist die Gewissensprüfung von denjenigen abzuschaffen, die von ihrem Recht auf Verweigerung des Wehrdienstes Gebrauch machen. ... Die Dauer des Zivildienstes ist auf 21 Monate ... zu erhöhen.“

Die Junge Union erkennt — bei allem Friedenswillen — nicht den qualitativen Unterschied von Ost und West. Deshalb hat der Deutschlandtag einstimmig beschlossen, sich der „Aktion für Frieden und Menschenrechte“ anzuschließen und am 22. November 1981 in Bonn anlässlich des Breschnew-Besuchs für Frieden und Menschenrechte zu demonstrieren. Die Junge Union ruft die eigenen Mitglieder, aber auch alle Gliederungen der Partei zur Teilnahme auf.

BUNDESFACHAUSSCHÜSSE

Die Partei mobilisiert den Sachverstand ihrer Mitglieder

Die über 700 000 Mitglieder der CDU repräsentieren ein großes Maß an Sachverstand. Dieser darf nicht brachliegen; er muß für die Arbeit der Partei mobilisiert werden. Diesem Ziel dient die Einrichtung von Arbeitskreisen und Fachausschüssen auf allen Ebenen der Partei.

Politische Entscheidungen obliegen den demokratisch gewählten Parteigremien. Damit diese Entscheidungen jedoch auf einer gründlich untersuchten Basis erfolgen, können die Fachgremien die Entscheidungsalternativen durchdenken und damit die Konsequenzen verschiedener Möglichkeiten deutlicher machen.

Nach dem Statut der Bundes-CDU bildet der Bundesvorstand zu seiner Beratung Bundesfachausschüsse. Diese werden jeweils für die Zeit einer Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vom Generalsekretär im Auftrag des Bundesvorstandes berufen. Bei dieser Berufung werden Vorschläge aller Landesverbände und Bundesvereinigungen berücksichtigt, damit bei den Beratungen ein Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Regionen und zwischen den verschiedenen, durch die Vereinigungen repräsentierten Gruppierungen der Bevölkerung erfolgen kann.

Nach der letzten Bundestagswahl und nach der Neuwahl des Bundesvorstandes wurden in diesem Jahr alle Bundesfachausschüsse neu berufen und in einer gemeinsamen Sitzung der Bundesfachausschuß-Vorsitzenden mit dem Generalse-

ekretär die Schwerpunkte der Arbeit festgelegt.

Bundesfachausschuß „Innenpolitik“

Vorsitzender:

Innenminister Uwe Barschel

Geschäftsführer: Jürgen Zander

Arbeitsvorhaben (jeweils die Schwerpunkte):

Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Konzeptes der CDU zur Ausländerpolitik aus dem Jahre 1977.

In Zusammenarbeit mit anderen Bundesfachausschüssen soll eine Vorlage zu den Ursachen der Gewalt und ihrer Überwindung in unserer Gesellschaft erstellt werden.

Die Thesen der CDU für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland sollen angesichts der ständig steigenden Kriminalitätszahlen auf ihre Aktualität überprüft werden.

Öffentlicher Dienst:

Längerfristige Einsparungen im öffentlichen Dienst/Öffentliches Dienstrecht

Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vorsitzender: MdB Friedrich Vogel

Geschäftsführer: Erhard Hackler

Arbeitsvorhaben:

Erarbeitung eines Positionspapiers „Juristenausbildung“.

Aktualisierung der Leitsätze des BACDJ zur Vereinheitlichung und Beschleunigung öffentlich-rechtlicher Rechtswege (VPO).

Neufassung des „Rechts- und Justizpolitischen Programms“ der CDU unter Einbeziehung der „Karlsruher Erklärung zur Rechtspolitik“.

Beratung von Alternativen und Änderungsvorschlägen zum geltenden Ehe- und Familienrecht.

Bundesfachausschuß „Sport“

Vorsitzender:

MdB Wolfgang Schäuble

Geschäftsführer: Edelgard Schönauf

Arbeitsvorhaben:

Sport für Behinderte.

Leistungssportförderung/Überprüfung der bisherigen Förderungspraxis der Bundesregierung. Ausarbeitung von Reformvorschlägen.

Förderung des Vereinssports/Hearing über Situation und Probleme der Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland/Fortschreibung des CDU-Programms zur Förderung des Vereinssports.

Bundesfachausschuß „Kulturpolitik“

Vorsitzender:

Kultusminister Peter Bendixen

Geschäftsführer: Heiner Lueg

Arbeitsvorhaben:

Erarbeitung von Grundpositionen zur Frage der Gesamtschule.

Koordinierung der Bildungs- und Kulturpolitik der CDU-regierten Länder.

Bundesfachausschuß „Jugendpolitik“

Vorsitzende: MdB Irmgard Karwatzki

Geschäftsführer: Heiner Lueg

Arbeitsvorhaben:

Begleitung der Arbeit der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Jugendprotest im demokratischen Staat“.

Stellung der CDU zu Fragen des Wehrdienstes, des Kriegsdienstverweigerungsrechtes, und der Ausgestaltung des Zivildienstes.

Bundesfachausschuß „Wirtschaftspolitik“

Vorsitzender:

Minister Jürgen Westphal

Geschäftsführerin:

Margret Ladener-Malcher

Arbeitsvorhaben:

Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (einschl. qualitative Arbeitsmarktpolitik in Abstimmung mit BfA „Sozialpolitik“).

Vermögensbildung (einschl. Privatisierung staatlichen Vermögens).

Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft (Arbeitsaufträge sind durch den Bundesparteitag zu erwarten).

Steuerpolitisches Programm.

Bundesfachausschuß „Städte- und Wohnungsbau“

Vorsitzender: MdB Friedrich A. Jahn

Geschäftsführer: Ludwig Simon

Arbeitsvorhaben:

Analyse der Wohnungsmarktsituation in Ballungsgebieten.

Ausarbeitung zu Lösungsvorschlägen zum Themenbereich „Bodenrecht und Städtebau“.

Bundesfachausschuß „Verkehrspolitik“

Vorsitzender: MdB Dieter Schulte

Geschäftsführer: Ludwig Simon

Arbeitsvorhaben:

Erarbeitung eines verkehrspolitischen Programms.

Thesen zum öffentlichen Personennahverkehr.

Thesen zum Thema „Umwelt und Verkehr“.

Bundesfachausschuß „Energie und Umwelt“

Vorsitzender:

MdB Heinz Riesenhuber

Geschäftsführer: Ludwig Simon

Arbeitsvorhaben:
 Fortschreibung des energiepolitischen Programms.
 Erarbeitung einer Standortfibel (Umweltverträglichkeitsanalysen).
 Zielgruppengespräche mit den Kirchen und dem Sachverständigenrat für Umweltfragen.

Bundesfachausschuß „Agrarpolitik“

Vorsitzender: Minister Gerhard Weiser
 Geschäftsführer: Richard Stroick
 Arbeitsvorhaben:
 Reform der EG-Agrarpolitik (einschl. Änderung und Ergänzung des CDU/CSU-Agrarprogramms).
 Natur- und Landschaftsschutz: Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten.

Bundesfachausschuß „Sozialpolitik“

Vorsitzender:
 MdB Adolf Müller (Remscheid)
 Geschäftsführer: N. N.
 Arbeitsvorhaben:
 Qualitative Arbeitsmarktpolitik
 Reform der Hinterbliebenenversorgung
 Einsparungen bei Subventionen und Finanzhilfen des Staates (in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik).
 Konkretisierung eines Krankenversicherungsbeitrages der Rentner.
 Vorschläge zur Harmonisierung in der Altersversorgung.

Bundesfachausschuß „Gesundheitspolitik“

Vorsitzender: Prof. Dr. Fritz Beske
 Geschäftsführer: Gerda Lübbert
 Arbeitsvorhaben:
 Kostenentwicklung und Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Diskussion der Arbeit der konzertierten Aktion.

Prävention und Gesundheitserziehung.
 Pflege und Intensivierung der Kontakte zu Verbänden und Institutionen auf nationaler und europäischer Ebene.

Bundesfachausschuß „Familienpolitik“

Vorsitzende: MdL Rita Waschbüsch
 Geschäftsführer: Annelies Klug

Arbeitsvorhaben:
 In Ausführung des Arbeitsprogramms „Aufgaben der 80er Jahre“ des Bundesparteitages in Mannheim: Überschaubare und wirksame Regelung des Familienlastenausgleichs/Familie und Arbeitswelt.
 Aktualisierung der Bilanz der kinder- und familienfreundlichen Politik der CDU in Bund und Ländern.

Bundesfachausschuß „Außenpolitik“

Vorsitzender: MdB Alois Mertes
 Geschäftsführer: Hans-Jürgen Kaack

Arbeitsvorhaben:
 Friedenssicherung durch Abschreckung und Rüstungskontrolle.

Bundesfachausschuß „Sicherheitspolitik“

Vorsitzender: MdB Harm Dallmeyer
 Geschäftsführer: Hans-Jürgen Kaack

Arbeitsvorhaben:
 Schule und Friedensdiskussion
 Verteidigungsbereitschaft bei verringerten Mitteln.

Bundesfachausschuß „Entwicklungspolitik“

Vorsitzender: Senator Elmar Pieroth
 Geschäftsführer: Hans-Jürgen Kaack

Arbeitsvorhaben:
 Aktualisierung des entwicklungspolitischen Konzeptes der CDU.
 Entwicklungspolitik als Teil einer weltweiten Friedenspolitik.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Willkommener Gast

Kohl erlag nicht der Versuchung, als reiner Parteipolitiker nach Washington zu reisen, hier Stimmung gegen die Bonner Koalition zu machen, um mit nützlichen Zitaten für die innenpolitische Auseinandersetzung zurückzukehren. Wohlweislich hat sich Kohl eher in der Rolle eines Staatsmannes gesehen, der die Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung wie auch der Opposition beschrieb.

Neue Osnabrücker Zeitung, 17. Oktober 1981

Es muß ein beruhigendes Gefühl für Ronald Reagan und seine Mannschaft sein, einen der konservativen Tradition verpflichteten Politiker wie Helmut Kohl in Bonn zu wissen.

Handelsblatt, 19. Oktober 1981

Mit allen Ehren und offenen Armen, beinahe wie ein Regierungschef ist der Bonner Oppositionsführer Helmut Kohl in den Vereinigten Staaten empfangen worden. Bis hinauf zu US-Präsident Ronald Reagan ließen es sich die maßgeblichen amerikanischen Politiker nicht nehmen, den CDU-Vorsitzenden als kompetenten Gesprächspartner und Freund der USA zu begrüßen. In früheren Jahren, für Kohl selbst und auch für seine Vorgänger an der Spitze der

parlamentarischen Opposition aller Farben war solches keineswegs selbstverständlich.

Kölnische Rundschau, 17. Oktober 1981

Selten hat der Oppositionsführer eines verbündeten Landes der USA in Washington so aufmerksame Zuhörer gefunden wie Helmut Kohl, der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union

Die Welt, 19. Oktober 1981

Kohls Besuch findet besondere Aufmerksamkeit, weil die Friedensbewegung in Washington Zweifel an der Solidarität des deutschen Bündnispartners weckt, der jahrelang als Muster Schüler der NATO galt.

Die Erkrankung des Bundeskanzlers, über die die amerikanische Presse ausführlich berichtet, erhöht das Interesse an dem konservativen Beobachter. Amerikanische Beobachter stellen es Auseinanderbrechen der Bonner Koalition von 1984 jetzt vorsorglich in Rechnung.

DFS, 16. Oktober 1981

Bei dieser seiner vierten Reise nach Amerika erfährt er (Kohl) so viel Aufmerksamkeit wie nie zuvor. Die Senatoren und Minister, die Gewerkschaftsführer und Wirtschaftsexperten wollen gerne mal von der politischen Gegenseite Deutschlands hören, ob der Neutralismus in Partnerland eine Chance hat, wie das (mit der Ostpolitik ist und wie weit der Handel mit der Sowjetunion führt. Außerdem zahlt sich aus, daß die Christdemokraten intensiven Kontakt mit den Republikanern pflegten, schon lang vor ihrem Wahlsieg.

ZDF, 16. Oktober 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinrich Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId